



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Belarus auf dem Weg aus der Diktatur in die Demokratie unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Zustände in Belarus. Er erkennt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020 nicht an und verurteilt die Gewalt durch staatliche Behörden gegen friedliche Demonstrierende scharf.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für die Unterstützung der demokratischen Kräfte in Belarus einzusetzen und beim Aufbau demokratischer Strukturen Unterstützung zu leisten.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert,

1. die undemokratischen Zustände und staatliche Gewalt in Belarus zu verurteilen,
2. ihr weiteres wirtschaftspolitisches Engagement an den Aufbau von demokratischen Strukturen und ein Ende der staatlichen Repressionen zu knüpfen,
3. den Aufbau demokratischer Strukturen zu unterstützen, indem sie den Vorschlag der Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) für eine „Akademie der öffentlichen Verwaltung“ unterstützt und bei Bedarf Know-how sowie Ressourcen für den Aufbau demokratischer kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen bereitstellt,
4. Sanktionen der Europäischen Union gegen Regierungsverantwortliche in Belarus und diejenigen, die zur Einschränkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Belarus beitragen, voranzutreiben,
5. gegenüber dem Bund für ein starkes Engagement bei den Vereinten Nationen zugunsten der demokratischen Kräfte in Belarus sowie der inhaftierten Oppositionspolitiker Maria Kolesnikowa und Maxim Snak einzutreten.

Begründung:

Seit der Präsidentschaftswahl am 9. August 2020 steht Belarus vermehrt in starker internationaler Kritik. Von vielen Seiten wird Amtsinhaber Lukaschenko vorgeworfen, sein Wahlergebnis von 80,1 Prozent gefälscht zu haben. Laut verschiedenen Berichten ist die Wahl nicht nach den Standards eines Teilnehmerstaates der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) abgelaufen.

Seit etwa vier Wochen finden in Belarus daher zahlreiche Proteste gegen die bestehenden, undemokratischen Verhältnisse statt. Diese wurden zum Großteil gewaltsam durch staatliche Behörden aufgelöst, viele friedliche Demonstrierende wurden verletzt, mindestens zwei von ihnen kamen dabei ums Leben. Die Aufforderung zu Neuwahlen lehnt

Lukaschenko ab. Trotz der starken Repressionen haben sich die Proteste mittlerweile auch in kleineren Orten ausgebreitet, teilweise wurde in Staatsbetrieben gestreikt.

Die EU-Außenministerinnen und -minister sowie die Mitglieder des Europäischen Rates haben bereits die klare Position ergriffen, das Ergebnis der belarussischen Präsidentschaftswahl nicht anzuerkennen. Diese sind sich außerdem einig, dass mit Sanktionen gegen die belarussische Regierung und diejenigen, welche dazu beitragen, demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit in Belarus einzuschränken, vorgegangen werden muss. Wahlbetrug sowie Gewalt gegen friedlich demonstrierende Zivilbevölkerung sind zu verurteilen. Es ist nun essentiell, Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern von Belarus zu zeigen.

Dazu zählt, dass wirtschaftliche Kooperation mit Belarus einhergeht mit dem Aufbau und der Förderung demokratischer Strukturen. Dies gilt sowohl auf Bundesebene, vor dem Hintergrund der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus, als auch auf Landesebene. Im Jahr 2019 hat der bayerische Staatsminister Hubert Aiwanger ein Grußwort auf dem Wirtschaftsforum „Östlicher Nachbar – unentdecktes Potenzial“ gehalten, im Rahmen dessen interessierte Unternehmen die Möglichkeit hatten, sich über wirtschaftliche Kooperation mit Belarus zu informieren. Es ist nun essentiell, dass bestehende und künftige Handelsbeziehungen an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geknüpft werden.

Darüber hinaus müssen diejenigen unterstützt werden, welche sich für den Aufbau demokratischer Strukturen einsetzen.

Wie der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Anders Knappe (schwedischer Politiker der liberal-konservativen Moderate Party), erklärt hat, besteht von vielen Menschen in Belarus der Wunsch nach mehr kommunaler Selbstverwaltung, um die Einrichtung demokratischer Strukturen zu realisieren¹.

Die Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) hat diesbezüglich den Vorschlag zur Einrichtung einer Akademie für die öffentliche Verwaltung für die lokalen/regionalen Gebietskörperschaften, zugeschnitten auf die spezifischen Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung auf subnationaler Ebene, beschlossen. Als Bundesland, in welchem seit langer Zeit demokratische, kommunale Selbstverwaltung in bestimmten Bereichen Realität ist, besitzt Bayern wertvolle Erfahrung sowie Wissen in diesem Bereich, um im Rahmen der Idee von CORLEAP langfristig zum Aufbau gesicherter demokratischer Strukturen in Belarus beizutragen.

Vor einigen Tagen hat Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa eine Partei gegründet, um auf demokratischem Weg für eine Verfassungsreform zu kämpfen, welche eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten, Gewaltenteilung sowie eine Stärkung des Parlaments beinhalten soll. Aktuell befindet sich Kolesnikowa in einem Untersuchungsgefängnis in Minsk. Ihr wird „Aufruf zur Machtübernahme und der gewaltsamen Änderung der Verfassung“ vorgeworfen². Auch hier ist es wichtig, dass die Staatsregierung sich auf Bundesebene für internationalen Druck gegen die handelnden Behörden stark macht.

Zur Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen in Belarus kann nicht nur auf einer größeren Ebene wie die der EU oder des Europarates beigetragen werden. Insbesondere bei dem Punkt der kommunalen Selbstverwaltung ist Bayern nun in der Position und in der Verantwortung, wertvolle Expertise weiterzugeben und Belarus auf dem Weg aus der Diktatur in die Demokratie zu begleiten.

¹ https://www.coe.int/en/web/portal/news-2020/-/asset_publisher/JgmLwXY88pXi/content/situation-in-belarus-statement-by-congress-president?_101_IN-STANCE_JgmLwXY88pXi_languageId=de_DE

² <https://www.sueddeutsche.de/politik/belarus-kolesnikowa-proteste-1.5026226>